

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 20. Oktober 2025
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

A 551 Anfrage Stadelmann Karin Andrea und Mit. über die Prämienentwicklung im Kanton Luzern und Entlastungsmöglichkeiten: Chancen und Risiken für den Kanton Luzern (Prämiendeckel) / Gesundheits- und Sozialdepartement

Die Anfrage A 551 wurde auf die Oktober-Session hin dringlich eingereicht.
Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab.
Karin Andrea Stadelmann hält an der Dringlichkeit fest.

Karin Andrea Stadelmann: Die Gesundheitskosten belegen auf dem Gesundheitsbarometer in der Schweiz und allen Kantonen Platz Nummer 1. Das ausserordentlich hohe politische Gewicht und somit eine zeitnahe Stellungnahme des Regierungsrates und des kantonalen Parlamentes ist also gegeben. Das Geschäft ist in der Zuständigkeit des Kantons. Die individuelle Prämienverbilligung (IPV) und das Erfragen von Risiken und Chancen der Kosten sind Parameter, die bald geklärt sein müssen. Bereits heute ist absehbar, dass die IPV-Beiträge im Vergleich zum Budget 2025 deutlich erhöht werden müssen. Wenn wir den Voranschlag in dieser Session allenfalls zurückweisen, ist es wichtig, zum vorliegenden Thema über eine klare Stellungnahme zu verfügen. Die Anfrage tangiert kein laufendes Verfahren und betrifft zentrale Aufgaben des Kantons, nämlich die Gesundheitskosten, die IPV sowie die Prämiensteigerung. Daher bitten wir Sie, der Dringlichkeit zuzustimmen.

Marcel Budmiger: Die Krankenkassenprämien steigen jedes Jahr höher als die Löhe oder das Wirtschaftswachstum. Schön, dass die Mitte-Fraktion das Thema ebenfalls als dringlich einstuft und darüber diskutieren will. Es braucht Lösungen und wir bieten Hand dazu. Wenn aber das Wirtschaftswachstum in der Finanzpolitik künftig das Mass aller Dinge sein soll, haben wir ein Problem. Umso dringender ist es, dass wir in dieser Session über das Thema diskutieren. Die SP-Fraktion stimmt der Dringlichkeit zu.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektorin Michaela Tschuor.
Michaela Tschuor: Die steigenden Kosten sind tatsächlich die Hauptsorge in Bezug auf das Sorgenbarometer. Wir sehen die Dringlichkeit gleichwohl nicht, weil wir über dieses Thema auch in einer der folgenden Sessionen diskutieren können. Wir können Ihnen deshalb anbieten, die Anfrage in der nächsten Session zu behandeln. Die Dringlichkeit lehnt unser Rat jedoch ab.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 62 zu 51 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelsmehrheit wurde nicht erreicht.